



**Programm
der Wählerinitiative
Graue Panther (WGPP) für die
Wahlperiode
2023 bis 2028**

Vorwort

Die Wählerinitiative Graue Panther (WGP gegr.1985) will die politische Heimat für alle Altersklassen engagierter Bürgerinnen und Bürger sein und eine Politik für den Menschen mit den Menschen machen. Wir verpflichten uns, unsere freiheitlich demokratische Staatsform zu bewahren und deren Gegnern aller Richtungen entschieden entgegen zu treten.

Die Wählerinitiative graue Panther (WGP) wird sich in der o.a. Wahlperiode wie bisher für die Belange der Brunsbütteler Bürger einsetzen und deren Interessen in der Kommunalpolitik vertreten. Damit soll eine angemessene Bürgerbeteiligung bei politischen Entscheidungen der Stadt sichergestellt werden. Die WGP ist in erster Linie eine regionale Vereinigung Brunsbütteler Bürger für Brunsbütteler Bürger.

Die WGP verfolgt insbesondere die nachfolgend aufgeführten Zielkomplexe :

A Konkrete Ziele für die Periode 2023 bis 2028 in Kurzform

1. Verbesserungen zur Barrierefreiheit, Gesundheitsversorgung, Einkaufsmöglichkeiten, Banken, Post werden von der WGP aktiv verfolgt.
2. Einfache Verwaltungsabläufe sind für viele – insbesondere ältere Mitbürger - häufig ein Problem. Die Verwaltungen sind anzuhalten, die Bürger besser zu informieren und zu beraten sowie ihre Abläufe Bürgernah zu gestalten Ggf. sind die Abläufe zu verändern.
3. Die Verbesserung der Verkehrsanbindung nach Hamburg und nach Heide ist dringlich zu erreichen. Der Schnellbus nach Itzehoe muss erhalten bleiben und ein Schnellbus nach Heide ist einzurichten.
4. Bei Bauvorhaben ist eine Bürgerbeteiligung unverzichtbar. Der Denkmalschutz ist zu hinterfragen, damit er die Entwicklung der Stadt nicht behindert.
5. Die Wiederaufnahme der Fährverbindung Brunsbüttel-Cuxhaven wird aktiv unterstützt.
6. Wir unterstützen innovative Betriebe und deren Ansiedlung sowie die entsprechenden Entwicklungsgesellschaften.
7. Wir fordern ein kreisweites Bildungsmanagement für alle Schulen und für alle Generationen, um lebenslanges Lernen und nachberufliche Bildung zu ermöglichen..
8. Die Finanzierung der Volkshochschule, der Musikschulen und der Bücherei ist zu sichern.
9. Der Hafen- und Industriestandort Brunsbüttel soll umweltgerecht weiterentwickelt werden. Dabei sind die Lebens- u. Wohnqualität der Bürger zu sichern.
10. Es sollen geeignete Flächen für den Naturschutz ausgewiesen werden, damit den Bürgern heute und den kommenden Generationen noch ein lebenswertes Brunsbüttel erhalten bleibt.

11. Der Katastrophenschutz und die Risikovorsorge sind zu verbessern.
12. Bürgernahe Regelungen zu den öffentlichen Bädern. Weiterentwicklung des Freibades Ulitzhorn und des Hallenbades LUV.
13. Weiterentwicklung des Bürgerparks.

B Erklärungen zu den Zielvorstellungen

1. Der Staat und die Bürger

Entscheidungen in den Kommunen müssen mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern abgestimmt werden, bevor die gesetzlichen Planverfahren einen Eingriff der Bürgerinnen und Bürger unmöglich machen. Dazu ist auch der Sachverstand der verschiedenen Beiräte und Beauftragten zu hören. Die Transparenz in der Entscheidungsfindung der staatlichen Organe ist deutlich zu erhöhen. Verwaltungstechnische Maßnahmen müssen offengelegt werden, die Ziele aufgezeigt und welche Mittel hierfür verwendet werden sollen.

2. Forschung und Entwicklung

Die WGP tritt für die Entwicklung der wirtschaftlichen Kräfte und ihrer Grundlagen von Wissenschaft und Forschung ein. Dazu gehören Forschung, Entwicklung und Vermarktung moderner Technologien sowie Kommunikations- und Umwelttechnologien.

3. Mobilität

Eine der Grundlagen für Arbeit und Wirtschaft ist die Mobilität. Der Ausbau der Infrastruktur ist dabei für private und betriebliche wirtschaftliche Ansiedlungen ausschlaggebend. Der öffentliche Nahverkehr soll ausgebaut und die Benutzung attraktiver gestaltet werden.

4. Arbeit

Viele gut ausgebildete Personen über 50 Jahren haben auf dem Arbeitsmarkt kaum echte Chancen. Gleichzeitig beklagt die Wirtschaft den Mangel an Fachkräften. Die WGP setzt sich für die Eingliederung dieser Arbeitskräfte und insbesondere von Quereinsteigern in den ersten Arbeitsmarkt ein.

5. Bildungspolitik

Die WGP will Erziehung und Bildung fördern. Das ist für die Zukunft unseres Gemeinwesens unverzichtbar. Nur gut ausgebildeter Lehrkräfte können fachliche Kenntnisse und Fähigkeiten, aber auch Selbständigkeit, Teamfähigkeit, Problemlösungsverhalten, Kreativität und Innovationsfähigkeit effektiv vermitteln. Um dem Bildungsauftrag gerecht zu werden, sind mehr Lehrkräfte auszubilden sowie als Sofortmaßnahme geeignete Quereinsteiger einzustellen und umzuschulen, damit eine dauerhafte Beschäftigung im Bildungswesen möglich ist.

6. Steuersystematik

Das Steuersystem ist zu vereinfachen. Die Mitbürger sollen auch ohne Hilfe eines Steuerberaters ihre Steuererklärung selbst erstellen können. Wegfallende

Steuerarten dürfen nicht in Form von Gebühren wieder eingeführt werden.

7. Medizin

Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen dürfen nicht ausschließlich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt werden. Im Mittelpunkt steht die Genesung des Menschen. Die Gesundheitsversorgung und Pflege muss einen hohen Stellenwert haben.

8. Wohnungsmarkt

Wohnungsbau und Wirtschaftsförderung lassen sich hervorragend miteinander kombinieren. Bürokratie schafft keinen Wohnraum. Sie verlängert die Bauzeit und erhöht die Kosten durch lange Bearbeitungszeiten und Auflagen. Die WGP fordert eine Vereinfachung der Verwaltungsverfahren. Solange Angebot und Nachfrage sich nicht die Waage halten, muss der soziale Wohnungsbau in Kraft bleiben oder wieder aktiviert werden. Es sind Wohnungskonzepte zu favorisieren, welche generationsübergreifendes Wohnen fördern.

9. Soziales

Die Verwaltung der Vielzahl von Einzelleistungen an Menschen, die Unterstützung benötigen (wie beispielsweise Sicherungsleistungen, Wohngeld, Heizkostenzuschuss, Bekleidungszuschuss...), die jeweils gesondert beantragt (und somit auch verwaltet) werden müssen, erhöht den Verwaltungsaufwand und die Belastung der Bürger erheblich. Die Vereinfachung des Sozialhilfewesens ist unverzichtbar.

10. Abbau der Diskriminierung von Senioren und Behinderten

Der alltäglichen Gedankenlosigkeit in Bezug auf unsere älteren und auf behinderte Mitbürger und Mitbürgerinnen ist entgegen zu wirken. Das betrifft auch öffentliche Bauvorhaben. Es dürfen keine Gefahrenstellen geschaffen werden, um denkmalsgerechte Objekte oder städtebauliche Leuchttürme zu erschaffen. Ggf. ist auf Fördermittel zu verzichten.

11. Umwelt

Die WGP setzt sich für den Umweltschutz ein. Der Umweltgedanke darf nicht für politische Machtspiele missbraucht werden. Der Recycling-Gedanke ist nach und nach auf alle in Frage kommenden Bereiche auszudehnen

12. Effizienzsteigerung in der Verwaltung

Ineffizientes Verwaltungshandeln darf grundsätzlich nicht folgenlos bleiben. In der öffentlichen Verwaltung fehlt ein zeitgemäßes Controlling, welches Kosten-/Nutzenanalyse, Soll-/Ist-Vergleich usw. einschließt. Die Verwaltung hat die bestehenden internen Ressourcen zu nutzen und externe Berater zu vermeiden.

13. Entbürokratisierung

Es ist dringend geboten, die private und öffentliche Verwaltung und deren Formulare und Schriftstücke (Steuererklärung, Heizkostenabrechnung, Antrag auf Zuschüsse jeder Art usw.) so zu gestalten, dass die Bürgerinnen und Bürger auch in der Lage sind, diese zu verstehen und ohne Hilfe zu bearbeiten.